

Etwas Fortschritt und viele Schlupflöcher

Die neue Energiepolitik des Asiatischen Entwicklungsbank verfehlt das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens.

Worum geht es?

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) hat am 16. August 2021 einen 2. Entwurf ihrer neuen Energiepolitik (energy policy) vorgelegt.¹ Mit dieser neuen Energiepolitik soll die ADB sich den Herausforderungen des Klimawandels stellen und ihre Arbeit an die Ziele des Pariser Klimaabkommens angleichen (Paris Alignment).

Im Oktober wird der Verwaltungsrat der ADB dann über die Vorlage abstimmen. Für Deutschland ist Herr Roger Fischer Mitglied im Verwaltungsrat. Er vertritt dabei auch Großbritannien, Österreich, Luxemburg und die Türkei.

Die generelle Einschätzung

Das NGO Forum on ADB, als Netzwerk regionaler und internationaler Zivilgesellschaft, hat ein ausführliches Kritikpapier zum Entwurf vorgelegt. Kurz zusammengefasst sagt es aus, dass die Ziele des Pariser Klimaabkommens verfehlt und auch die neuesten Erkenntnisse des 6. Berichts des IPCC außer Acht gelassen werden. Weiter wird ausgeführt, dass der Entwurf den klimapolitischen Positionen großer Anteilseigner wie USA, Deutschland und Großbritannien widerspricht. Das Papier des Forums führt dann detailliert die Kritik an einzelnen Bereichen wie Kohle, Öl, Gas und Finanzintermediäre aus.

Was ist positiv am Entwurf?

Die ADB zieht sich aus der Finanzierung des gesamten Kohlebereichs vom Abbau über Transport bis hin zur Verstromung zurück. Allerdings lässt der Entwurf beispielsweise eine Lücke, indem er weiterhin die Unterstützung von Finanzintermediären zulässt, die im Kohlegeschäft tätig sind.

Wo bestehen Bedenken?

1. Im Gegensatz zu den Warnungen aus der UN und zur Positionierung anderer Multilateraler Finanzinstitutionen (wie Weltbank und EIB) will die ADB weiterhin Finanzierungen im Bereich Öl und Gas zulassen, bis hin zur Förderung von Ölhandel und der Installation von Flüssiggas-Terminals. Es wird außer Acht gelassen, dass die Erneuerbaren Energien mittlerweile in ziemlich allen Bereichen kostengünstiger sind.
2. Der Preis für die Tonne CO₂ wird für die interne Berechnung auf 43 USD festgelegt, was in keinem Maße den wirklichen und auch in der Wissenschaft genutzten Kosten entspricht.
3. Es wird zudem auf die CCS/CCUS-Technologien abgehoben, die ebenfalls keine wirtschaftliche Alternative zu regenerativen Energien darstellt.

¹ <https://www.adb.org/documents/draft-energy-policy-supporting-low-carbon-transition-asia-and-pacific>

4. Bei Wasserstoff wird ‚Grüner Wasserstoff‘ zwar hervorgehoben, aber nicht ausgeschlossen, auch andere Technologien in diesem Bereich zu fördern, die wiederum auf fossilen Stoffen beruhen und entsprechend nicht klimafreundlich sind.
5. Die ADB erklärt sich bereit, Staaten durch Beratung auch beim Ausbau von Atomenergie als ‚klimafreundliche Alternative‘ in deren jeweiliger Energiestrategie zu helfen. Dies stellt einen Bruch des stillschweigenden Übereinkommens aller Internationalen Finanzinstitutionen dar, Atomenergie aus Kosten- und Sicherheitsgründen nicht zu finanzieren. Zudem lässt dieser Ansatz die Probleme beim Uranbergbau und die global ungelöste Endlagerfrage völlig außen vor.
6. Des Weiteren werden Großstaudämme als Option für die Energiegewinnung genannt. Auch hier zieht der Entwurf die Erkenntnisse der Weltstaudammkommission (2000) und neuere wissenschaftliche Erkenntnisse zu den ökologischen und sozialen Auswirkungen nicht in Betracht.
7. Die Abfallverbrennung wird ebenfalls als durch die ADB finanzierbare Energiequelle im Entwurf genannt. Zwar wird auf Müllvermeidung und Recycling verwiesen, allerdings nicht als absolute Vorbedingung für solche Projekte.

Was sollte Deutschland jetzt tun?

Da der vorliegende Entwurf in zentralen Bereichen der Klima-, Energie- und Umweltpolitik Deutschlands widerspricht, halten wir ihn für nicht zustimmungsfähig. Klima und Umwelt sind globale Aufgaben. Deshalb muss deutsches Verhalten in den Gremien der Internationalen Finanzinstitutionen kohärent zur staatlichen und europäischen Politik und ihren Maßstäben sein.

Das BMZ hat u.a. die Kriterien der Weltstaudammkommission zur Richtschnur seiner Politik gemacht, was z.B. in den aktuellen Nachhaltigkeitsrichtlinien der KfW Niederschlag findet. In der EIB hat Deutschland auch der Nicht-Förderung von Öl und Gas in Entwicklungsprojekten zugestimmt. Hinter solche Positionen darf nicht zurückgefallen werden. Speziell bei der Frage der Unterstützung von Atomenergie überschreitet die ADB jetzt eine absolute rote Linie.

Weitere Informationen:

Knud Vöcking knud@urgewald.org
Dr. Nora Sausmikat nora.sausmikat@urgewald.org

urgewald e.V.
Von-Galen-Straße 4
48336 Sassenberg